

(Senatorin Dilek Kolat)

hung der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote in unserer Stadt, die Verringerung des Mismatch-Problems, das wir im Rahmen der Soko im letzten Jahr aufgerufen haben. Das werden wir weiterhin mit speziellen Angeboten verfolgen. Stärkere Öffnung der Betriebe für Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen, stärkere Nutzung des von der BA geförderten Instruments Einstiegsqualifizierung – das ist ein Instrument, das wirklich sehr nachhaltig wirkt in Richtung betriebliche Ausbildungsplätze – wollen wir unterstützen, aber auch die Werbung für die Inanspruchnahme der ausbildungsbegleitenden Hilfen gehört dazu. Ergänzend wollen wir die Verbundausbildung weiterhin als Senat unterstützen.

Und ein letzter Punkt: Was mir sehr am Herzen liegt und bisher leider nicht so stark berücksichtigt worden ist, das sind die Jugendlichen oder die jungen Erwachsenen zwischen 25 und 35 Jahren. Das sind Menschen, die durchaus auch in der Lage sind, einen Berufsabschluss hinzubekommen, aber irgendwie diesen Start verpasst haben. Ich denke, da gibt es auch unheimlich viel Potenzial für betriebliche Ausbildung. Auf diesen Weg wird sich der Senat auch machen, um diese Potenziale zu erschließen. – Danke schön!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Eine Nachfrage von Frau Becker? – Nicht; dann hat die erste Nachfrage Frau Bangert. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Sabine Bangert (GRÜNE):

Vielen Dank! – Ich habe eine konkrete Nachfrage, Frau Senatorin Kolat. Sie haben ja erklärt, dass Sie sich für den Lückenschluss zuständig fühlen. Wir haben in der aktuellen Statistik 6 611 unbesetzte Ausbildungsplätze. Denen stehen aktuell 8 566 unversorgte Jugendliche gegenüber. Das gibt 1 955 Jugendliche, die überhaupt kein Angebot haben. Welche Angebote machen Sie diesen Jugendlichen? Denn zu genau diesen Jugendlichen sind Sie gefragt, wie Sie den Lückenschluss hinbekommen wollen. Dazu haben Sie in Ihrer langen Antwort leider überhaupt kein konkretes Beispiel genannt.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin!

Senatorin Dilek Kolat (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen):

Frau Abgeordnete! Diese Lückenschließung ist ja keine spontane Erfindung von mir gewesen, sondern das ist die Haltung des Senats in den letzten Jahren immer gewesen, auf die betriebliche Ausbildung zu setzen und ergänzend auch öffentlich geförderte Ausbildungsplätze bereitzu-

stellen. Der Senat hat – die Zahlen müssten Sie eigentlich kennen – 500 BAPP-Plätze, die genau für diese Zielgruppe als Angebot durch den Senat gefördert werden. Wir werden zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten über Verbundausbildung generieren. Das habe ich hier alles dargelegt. Für die Jugendlichen aus dem letzten Ausbildungsjahr, die unversorgt geblieben sind, haben wir ganz konkret die Vorschaltmaßnahme neu auf den Weg gebracht. Denn das sind Jugendliche, die nicht ohne Grund keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Weil sie eben bestimmte Voraussetzungen noch nicht bringen, haben wir gesagt, über eine kurze dreimonatige Vorschaltmaßnahme möchten wir sowohl nachgelagert eine Betriebsorientierung mit diesen Jugendlichen durchführen und vor allem auch die Defizite, die diese haben, ausgleichen. Diese Vorschaltmaßnahme haben wir erfolgreich durchgeführt. Die Zahlen sehen gut aus. Vorrangig sollen diese Jugendlichen in betriebliche Ausbildungsverhältnisse gelangen oder eben in Richtung Einstiegsqualifizierung BAPP, auch an dieser Stelle als nachrangig.

Das sind die Aktivitäten, die der Senat vornimmt. Wenn wir uns hinstellen und sagen würden, wir machen nur öffentlich geförderte Ausbildungsplätze, würden wir eben die Unternehmen in der Stadt aus der Verantwortung lassen. Und das ist nicht meine Priorität. Ich denke, die Priorität muss bei den Unternehmen sein, die ja Fachkräfte brauchen, dass sie in den Betrieben ausbilden. Diese Aufgabe der betrieblichen Ausbildung können wir als Land Berlin den Unternehmen nicht abnehmen. Das wollen wir auch gar nicht, das wäre der falsche Weg.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Für eine weitere Nachfrage hat Frau Kollegin Remlinger das Wort. – Bitte schön!

Stefanie Remlinger (GRÜNE):

Vielen Dank! – Frau Senatorin! Ich möchte Sie fragen: Sie haben das Mentoring erwähnt. Der jüngsten Vorlage war endlich halbwegs zu entnehmen, was das sein soll. Halten Sie es wirklich für sinnvoll, über 1 Million Euro an Träger auszuschütten mit der Aufgabe, ehrenamtliche Mentoren zu finden, die nicht dafür bezahlt würden? Die Million geht nur an die Träger. Die ehrenamtlichen Mentoren sollten die Jugendlichen betreuen, bei denen es wirklich einer professionellen Begleitung bedürfte, um sie zu begleiten. Halten Sie das wirklich für eine sinnvolle Verausgabung von Mitteln, die Sie da vorhaben?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Senatorin!